

**Haushaltsrede
des Fraktionsvorsitzenden der FDP im Städteregionstag
vom 18. 3. 2010
Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Der erste und einzige Minister, den Aachen vor Ulla Schmidt jemals in Berlin besaß blieb bis heute unsterblich durch seinen Ausspruch:

„Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf!“

Unter diese Überschrift kann ich problemlos meine Haushaltsrede stellen. Dabei will ich vorab ausdrücklich betonen - und diese **persönliche Erklärung** ist mir sehr wichtig:

Ich war immer ein engagierter Befürworter der Städteregion, bin es auch heute noch, und kann es hoffentlich auch in Zukunft bleiben.

In allen Parlamenten ist es guter Brauch, die Haushaltsdebatte auch zu einer **Generaldebatte** über die allgemeine politische Situation zu nutzen. Davon will ich auch Gebrauch machen. Ich erspare ihnen daher die erneute Aufzählung der Zahlen und Daten, weswegen die FDP-Fraktion diesen **ersten Haushalt der Städteregion** – um das gleich vorwegzunehmen – **ablehnt**, da ich diese bereits bei anderer Gelegenheit ausführlich referiert habe. Ich beschränke mich auf nur **wenige Details**. Wichtig ist mir aber darüber hinaus:

- Ein kurzer Überblick über die finanzielle Situation der Kommunen im Allgemeinen, sowie

- Eine Zwischenbilanz zur Städteregion nach den ersten fünf Monaten des Bestehens und hier im Besonderen die Entwicklung des Verhältnisses zur Kreisfreien Stadt Aachen.

Kommen wir zum ersten Thema:

Der Zustand der Unterfinanzierung der Kommunen ist unhaltbar geworden.

Die **heutige Finanzierung**, die im wesentlichen auf der stark konjunkturabhängigen **Gewerbesteuer** beruht, ist **gescheitert**. Politiker, und besonders **wir Kommunalpolitiker**, sind nun mal wie Hunde, die sich auch keinen Wurstvorrat anlegen. Sprudeln die Gewerbesteuereinnahmen, werden sie als allgemeine **Wohltaten** oder **Wahlgeschenke** gleich wieder ausgegeben. Kommt dann aber eine **Rezession**, werden sie nicht etwa wieder eingesammelt sondern über **Schulden** weiter finanziert. In NRW betrug der Rückgang der Gewerbesteuer 2009 im Durchschnitt 22,4 % oder 2,1 Mrd. €. Auf der **Einnahmenseite** muss also endlich wie von der FDP seit Jahrzehnten gefordert, die Gewerbesteuer als Gemeindefinanzierung durch einen Anteil an der **Mehrwert-** und **Einkommensteuer** ersetzt werden. Dadurch wird zwar nicht der Haushalt der Städteregion direkt tangiert, umso mehr aber die Haushalte der angeschlossenen Städte und Gemeinden, die aus diesen Mitteln einen Großteil der **Umlage** finanzieren müssen.

Gleichzeitig muss eine nachhaltige Entlastung auf der Ausgabenseite durch eine gerechtere Verteilung der Soziallasten erfolgen. Die Städteregion als Träger der ARGE ist hier besonders hart betroffen. Die FDP fordert eine rasche und angemessene **Beteiligung des Bundes** an den ständig steigenden Kosten der Kommunen für:

- **Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II**
- **die Grundsicherung nach dem SGB XII**
- **die Eingliederungshilfe**

Zusammenfassende Bemerkungen zum Haushalt 2010 der Städteregion:

Als bedauerlich empfindet es die FDP-Fraktion, dass die beiden Mehrheitsfraktionen, sozusagen mit dem **Fallbeil**, wie es in anderem Zusammenhang der Kollege **Stiel** richtig feststellte, unsere **Änderungs- und Ergänzungswünsche** vom Tisch gewicht haben. Wir hatten **Einsparungen** von rund 3,1 Mio. vorgeschlagen, und damit eine Verringerung des geplanten Defizits um rund 10 %. Wie am 21. Oktober beantragt, wollen wir uns an dem **Stipendienprogramm** des Landes NRW beteiligen. Mit nur **18.000 €** soll die Städteregion die Eigenleistung für **zehn Studierende** übernehmen. Das ist ein finanziell überschaubares, aber symbolisch starkes Zeichen der Solidarität mit unseren renommierten Hochschulen. Wir hoffen, dass sich die Mehrheit darauf noch einigen kann.

Darüber hinaus hatten wir entsprechend unserem Antrag gleichen Datums einen Einstieg in die flächendeckende Versorgung mit **Sprachcamps** vorgeschlagen. Die hierfür von uns vorgesehene Anschubfinanzierung von 75.000 € wurde leider nicht übernommen, dabei ist **Sprachförderung** für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund und besonders für solche aus sozial schwachen Familien eine entscheidende nachhaltige **Zukunftsinvestition**, für die die Kommunen aufgrund der desolaten Haushaltslage kein Geld haben.

Letztlich entscheidend für unsere Ablehnung ist aber der nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht nachvollziehbare und in der Realität wohl weit **verfehlte Synergieeffekt**, der verbindlich erwirtschaftet werden muss. Auch wenn sich unsere Berechnungen aufgrund unvollständiger Vergleichszahlen nur auf **Indizien** stützen können, lassen sie nur den Schluss zu, dass wir es statt mit einem Minus von 3 % wohl eher mit einem Plus von 5 % bei den Personal- und Sachkosten für die übertragenen Aufgaben zu tun haben. Das Ziel wäre damit um mehr als 8 % verfehlt. Daher ist den Städten und Gemeinden auch eine **hälftige Beteiligung** am geplanten Defizit nicht

zuzumuten. Wir fordern die Mehrheit nochmals auf, das Defizit nicht wie vorgesehenen zu 50 %, sondern zu 70 % aus der Rücklage zu decken.

Ich komme jetzt zu meinem wichtigsten Anliegen: einer vorläufigen Bilanz der Zusammenarbeit des ehemaligen Kreises Aachen mit der kreisfreien Stadt Aachen in der Städteregion:

Gemeinsam geht es besser – stimmt das?

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete,

Im Vorfeld der Gründung habe ich immer wieder betont: die Städteregion wird nur dann ein Erfolg, wenn man den Aachener Bürgern die Sorge nimmt, dass ihre Stadt im Zuge dieser Entwicklung als **10. Gemeinde dem Kreis einverleibt** wird; andererseits dürften die Bürger der neun Städte und Gemeinden des alten Kreises nicht das Gefühl bekommen, die Stadt hätte mit der Zustimmung zur Städteregion nur deren **schleichende Eingemeindung** im Sinn. Es waren zwei große Persönlichkeiten, die den Menschen der Region diese Sorgen weitgehend genommen hatten: Landrat **Meulenbergh** und OB **Linden**! Es kam bei diesen beiden Protagonisten vieles zusammen, was den Erfolg erleichterte: Beide waren in ihren Reichen seit Jahren die unumstrittenen Fürsten. Sie deckten die beiden großen Volksparteien ab und - was nicht das Unwichtigste war: sie verstanden sich auch menschlich gut. Wenn sie verhandelten, dann geschah das auf **Augenhöhe** ohne den Versuch des jeweils Anderen, sich einen, der gemeinsamen Sache abträglichen, Vorteil zu verschaffen. Nach fünf Monaten mit einer neuen Besetzung der Spitzenämter stellt sich die Frage: Ist das Verhältnis zwischen der Stadt und der Städteregion noch genau so harmonisch wie zum Zeitpunkt der Gründung? Ich behaupte **N e i n !**

Dabei ist allerdings festzustellen, dass auch die Begeisterung bei den früher kreisangehörigen Kommunen deutlich nachzulassen scheint.

Die **Anfangseuphorie** ist verflogen. Dafür sind zwei Komplexe verantwortlich. Nimmt man das Beispiel Eiskunstlauf, geht es um die **A-Note** (Sachliche Differenzen) und die **B-Note** (Emotionen). Ich glaube, dass die sachlichen Differenzen – zur Not mit Hilfe der vertraglich vereinbarten Schiedsstelle – trotz erheblicher Probleme - leichter beizulegen sind, als die gestörten Emotionen. Bei meinen Recherchen bin ich immer wieder auf einen zum Teil **rüden Umgangston** hingewiesen worden. Gerade in einer mit so vielen Empfindlichkeiten belasteten Anfangsphase ist der **sensible Umgang** miteinander besonders wichtig. Lassen Sie es mich sozusagen grenzüberschreitend formulieren:

C'est toujours le ton, qui fait la musique!

Als **einzig** von sechs Fraktionsvorsitzenden, abgesehen von der Teilung des Amtes bei den GRÜNEN, komme ich aus der Stadt Aachen. Erlauben Sie mir daher, meine diesbezüglichen Sorgen besonders zu artikulieren. Zunächst verweise ich auf die **ungleichgewichtige Verteilung der Mandate**: während die Bevölkerungszahl von Stadt und ehemaligem Kreis nahezu ausgeglichen ist, verteilen sich die 72 Mandate im Verhältnis 45:27 zwischen Kreis und Stadt. Das Verhältnis in der Verwaltungskonferenz ist mit 4:1 noch kreislastiger, wobei ausgerechnet der soeben erst aus Aachen ins Amt gekommene Dezernent von seiner **früheren Verwaltung** schon jetzt sehr kritisch gesehen wird. Bei einer solchen Machtverteilung stellt sich die Frage: **haben die Aachener Politiker die Städteregion unterschätzt?** Wenn ja, und davon muss man wohl ausgehen, haben sie die Rechnung ohne die **Begehrlichkeit** der VK der Städteregion gemacht. Denn diese versucht offensichtlich das **Aachen-Gesetz** und auch darüber hinaus abgeschlossene **Verträge** in ziemlich robuster Weise **einseitig zugunsten der Städteregion** auszulegen und, wie in einem Fall bereits geschehen, auch zu **brechen**. Wenn sich, wie in unserem Fall, die einmalige Situation ergibt, in der zwei Verwaltungen in völlig neue Rechtsbeziehungen miteinander treten, ist ein Grundsatz von höchster Wichtigkeit, wenn man

nicht von Anfang an das für den Erfolg dringend benötigte **Vertrauen** verspielen will:

Pacta sunt servanda!

Der vertragswidrige Umzug der **ARGE-Spitze** nach Eschweiler hat in der Aachener Verwaltung zu einem erheblichen **Vertrauensverlust** geführt. Das ist ein typisches Beispiel wie man es **nicht** machen sollte: In der Sache wäre sicher problemlos eine Vereinbarung über den später erzielten, und durchaus **vernünftigen Kompromiss**, möglich gewesen, aber statt zu fragen und miteinander zu sprechen hat man **vertragswidrig Fakten geschaffen** und erst danach verhandelt. Gerade von dem aus Aachen gekommenen zuständigen **Sozialdezernenten** hätte man mehr Fingerspitzengefühl erwarten dürfen. In dieser Anfangsphase sollten Sie, **verehrter Herr Städteregionsrat**, jeden Anschein vermeiden, der wie auch immer geartete **Vorgesetzte** des Oberbürgermeisters zu sein.

Ist dies ein Beispiel für die Verletzung von A und B-Note geht es im Folgenden eigentlich nur um die völlig überflüssige **Verletzung von Emotionen**:

Wenn der Aachener OB für seine Stadt einen **Führungsanspruch** in der Städteregion reklamiert ist es nicht nur **unklug** sondern auch **historisch und sachlich falsch**, darauf mit dem Hinweis zu antworten, Aachen sei auch nur **eine von zehn Städten und Gemeinden in der Städteregion**. Dem widerspricht nicht nur das Aachen-Gesetz, sondern auch die kulturelle und wirtschaftliche Funktion als **Oberzentrum**. Alle Kommunen der Städteregion sollten ein großes Interesse daran haben, das Oberzentrum zu **stärken**, denn was dieses Oberzentrum leistet, kommt **allen zugute**! Es scheint dagegen noch nicht allen in der Verwaltung klar zu sein, dass die **Kommunalaufsicht** über Aachen **n i c h t** dem Städteregionsrat, sondern dem RP in Köln obliegt. Aachen hat eine 600jährige Geschichte als **freie Reichsstadt** und war auch danach nie abhängig von einer anderen kommunalen Behörde.

Ohne die Garantie der Kreisfreiheit für Aachen hätte es die Städteregion niemals gegeben!

Ein weiteres, ziemlich kleinliches, Beispiel ist die Überreichung von **Bundesverdienstkreuzen**. Sie ist mit der Übertragung der Aufgabe „Orden“ der Städteregion zugefallen. Ich frage nun: Warum wird die **Terminierung** der Überreichungen an Aachener Bürger nicht mit dem OB **abgestimmt**, wie mehrfach von ihm erbeten, so dass er ggf. daran teilnehmen könnte?

Ein typisches Beispiel für einseitige und, wie ich stark vermute, **falsche Vertragsauslegung** ist die Zumutung an die Stadt Aachen, sich an den Kosten der von der FDP scharf kritisierten Übernahme des **Simmerather Krankenhauses** zu beteiligen. Der Hinweis auf die **Übertragung des Gesundheitswesens** hätte bei einem einfachen Blick in die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Ergänzung des Aachengesetzes gezeigt, dass die Stadt lediglich „**die Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörde nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst**“ übertragen hat, unter den der Betrieb von Krankenhäusern beim besten Willen nicht zu subsumieren ist.

Für die **größte Verärgerung** sorgt aber eine Mitteilungs-Vorlage für den TOUR (2010/0007) in dem die VK über die „**noch offene Positionierung der Stadt Aachen zu der Fragestellung, ob die Städteregion automatisch berechtigt sei, ihr Verständnis von Selbstverwaltungsaufgaben auf die kreisfreie Stadt Aachen zu übertragen/auszudehnen**“, erklärt:

„**Der Städteregionsrat und die VK der Städteregion sind der Auffassung, dass die kommunale Gebietskörperschaft Städteregion Aachen auf der Basis des Aachen-Gesetzes und der Kreisordnung NRW das Recht hat, Selbstverwaltungsaufgaben im Gesamtbereich der zehn regionsangehörigen Kommunen wahrzunehmen**“.

Die Stadt sieht in diesem Vorgang eindeutig eine **Aberkennung ihrer Kreisfreiheit** durch die Städteregion. Darüber hinaus zeigt sich hier auch eine **Anmaßung**

gegenüber den neun anderen Kommunen, deren **Souveränität** der **kommunalen Selbstverwaltung** ebenfalls beschnitten wird.

Damit das klar wird: Indem sich die Verwaltung das Recht herausnimmt, ohne zu unterscheiden „**Selbstverwaltungsaufgaben im Gesamtbereich der zehn regionsangehörigen Kommunen wahrzunehmen**“ dokumentiert sie, dass sie nicht bereit ist, einen Unterschied zwischen der **kreisfreien Stadt** mit ihren **höheren Selbstverwaltungsrechten** und den früher kreisangehörigen Kommunen zu machen.

In meinem letzten Beispiel für **unsensibles Verhalten** der Städteregionsverwaltung geht es um den geplanten **EVTZ Charlemagne**, das wichtigste Projekt grenzüberschreitender Zusammenarbeit für unsere Region:

Am 19. Oktober 2009 haben im **Krönungssaal** des Aachener Rathauses die Städteregion Aachen, vertreten durch Oberbürgermeister **Linden** und Landrat **Meulenbergh** in ihrer Funktion als **Zweckverbandsvorsitzende** sowie die designierten Nachfolger **Etschenberg** und **Philipp** als „Unterstützer“ mit der Parkstad Limburg sowie den Städten Heerlen und Simpelveld einen **Letter of Intent** zur Gründung eines EVTZ unterzeichnet.

Am 22. Februar ging um 11.30 bei der Stadt eine Mail mit einer Einladung zum **konstituierenden Treffen** der Arbeitsgruppe ein, das bereits am folgenden Tag um 12.30 in Eupen stattfinden sollte. Die Einladungsfrist betrug also **ganze 25 Stunden!** Auf der Teilnehmerliste stehen außer einem Referenten des OB und je einem Vertreter der DG und der Parkstad Limburg, vier Vertreter der Städteregion. Der **Mitunterzeichner Philipp** erhielt über dieses Treffen vorher **keinerlei Informationen.**

Die **erfreuliche Weiterentwicklung** der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt uns Liberalen Recht, die wir in diesem Punkt seit Jahren Vorreiter waren. Jedoch müssen wir uns

fragen, welches Beispiel wir unseren Nachbarn bieten, wenn wir nicht mit der **gebotenen Geschlossenheit** auftreten.

Herr **Städteregionsrat**, Sie sind als **Nachfolger von Landrat Meulenbergh**, derjenige, der hier vermitteln muss, es liegt jetzt ganz wesentlich an Ihnen, welchen Weg der EVTZ in den nächsten Jahren gehen wird.

Zum Schluss komme ich noch einmal auf die **Finanzierung der Städteregion** zu sprechen. Es zeigt sich jetzt beim Schauen aufs Detail, dass eine Vielzahl von Fragen **nicht ausreichend** geregelt wurde. Zwischen der Stadt und der Städteregion wird es **längere Diskussionen** geben, deren endgültige Auswirkungen auf den Haushalt noch nicht abzusehen sind. Die **drei Säulen** der Finanzierung der Städteregion,

- **Übertragene Aufgaben von der Stadt Aachen**
- **Alte Aufgaben des Kreises**
- **Neu hinzukommende Aufgaben**

sind **unklar** abgegrenzt. Hier besteht noch erheblicher Klärungsbedarf und man muss kein Prophet sein um sagen zu können, dass der heute verabschiedete Haushalt noch **gravierende** Veränderungen erfahren wird. Nicht geklärt sind neben dem oben schon erwähnten Krankenhaus Simmerath u. a. die

- **Doppelte Aufgabenerledigung** (z.B. Betreuung des Ehrenamts)
- **Kosten der Kommunalaufsicht,**
- **der Bauaufsicht über den Südkreis, sowie des**
- **Kulturprogramms des Kreises**

Euphorie und **Zeitnot** prägten das Ende der **Gründungsphase**. Wir erinnern uns: Alle Räte und alle Bürgermeister der zehn beteiligten Kommunen haben so gut wie **einstimmig** den öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zugestimmt. Bei vielen Kommunen ist aber nicht zuletzt wegen der durch das Defizit bedingten Erhöhung der

Städteregionsumlage **Ernüchterung** eingekehrt. Es wäre daher nötig gewesen, nicht nur eine **öffentliche Debatte** über den Haushalt sondern auch über die Erzielung weiterer **Synergieeffekte** zu führen, vor allem über **zusätzliche Einsparungen** und **Bürokratieabbau** in der Verwaltung. Das hätte uns vermutlich die von einigen Gemeinden des ehemaligen Kreises zu erwartenden **Klagen** erspart.

Gemeinsam geht es besser – ist nach wie vor die richtige Devise, aber gleichzeitig auch eine **klare Forderung!** Alle beteiligten Städte und Gemeinden benötigen dafür das **Vertrauen**, dass die Verwaltung ihre **Rechtsstellung** im Verband der Städteregion gemäß den **Vorgaben des Aachen-Gesetzes** und der **Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarungen** wahrt. **Herr Städteregionsrat**, Ihre Aufgabe, dieses **Vertrauen** zu **schaffen**, zu **wahren** und da wo es gelitten hat **wieder herzustellen**, ist eine äußerst **verantwortungsvolle**. Es steht Ihnen ein **schwieriger Interessenausgleich** bevor, für den Sie nicht nur **Weisheit** sondern auch **Fortune** benötigen. Die FDP wünscht Ihnen dabei Erfolg und sagt Ihnen ihre Unterstützung zu.

Ich war immer ein engagierter Befürworter der Städteregion, bin es auch heute noch, und kann es hoffentlich auch in Zukunft bleiben.

Vielen Dank